

Zur Stärkung der Region

Die Bürgerinitiative „pro Region Heilbronn-Franken“ kam zu ihrer Jahrestagung in Tauberbischofsheim zusammen

Die Mitgliederliste liest sich wie das „who is who“ der Wirtschaft in der Region. Angefangen beim Vorsitzenden Reinhold Würth über den IHK-Präsidenten Günther Steffen bis hin zum Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Tauberfranken, Edmund Brenner.

Von Hans Bauer

Der Vorsitzende Reinhold Würth bemerkte in seiner Begrüßung, dass der Verein noch keine Tradition hat, aber immerhin schon Beständigkeit zeigt. „Für die Zukunft ist es wichtig, auch jüngere Menschen als Mitglieder zu werben“. Ziel der Bürgerinitiative ist es, in „Regionaltafeln“ den Gedankenaustausch der Elite dieser Region zu ermöglichen. Lothar Späth, ehemaliger baden-württembergischer Ministerpräsident und jetziger Vorstandsvorsitzender der Jenoptik, wird sich als Hauptredner auf dem diesjährigen Regionaltag am 9. Juni in Schwäbisch Hall, der Diskussion stellen. „Wir möchten“, so Würth weiter, „eine Plattform für den Mei-

nungsaustausch von Gremien, Wirtschaft und Bürgern dieser Region sein“. Der stellvertretende Vorsitzende Frank Stroh bezeichnete in seinem Rückblick das auch von der Bürgerinitiative veranlasste Bundesprogramm „Lernende Region – Förderung von Netzwerken“ als eine wichtige Zukunftsinvestition und Ideenschmiede für die Region.

Der Hauptredner des Abends, der Landrat des Main-Tauber-Kreises, Georg Denzer, sprach zum Thema „Chancen und Probleme der Region Heilbronn-Franken innerhalb Baden-Württembergs“. „Bei einer Fahrt durchs Taubertal wird jedem klar“, so Denzer, „wie schwierig der Begriff Region an der Nahtstelle zweier Bundesländer zu verwenden ist“. Hier ist nach Ansicht des Landrates eine intensive Zusammenarbeit auch außerhalb des regionalen Gedankens erforderlich. Die Kunst der Verwaltung besteht darin, unterschiedliche Koalitionen zu bilden, um die eigenen Ziele zu erreichen. Hier sieht die Denzer in der Bürgerinitiative eine gute

Plattform für den Gedankenaustausch in der Region, ohne die oft festzustellenden parteipolitischen Scheuklappen.